



POLITIK AKTUELL

Ausgabe 09/2008
30.09.2008

Informationen aus Berlin, Dresden
und der Region

Editorial

Liebe Parteifreunde, liebe Mitstreiter, sehr geehrte Damen und Herren!

Mit Beunruhigung hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die neuen Hiobsbotschaften von den internationalen Finanzmärkten zur Kenntnis genommen. Insbesondere das unverantwortliche Verhalten des Risikomanagements und der Mangel an internen Kontrollen hat uns schockiert. Das Bundesministerium der Finanzen ist aufgefordert, die Finanzaufsicht über die KfW einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Allerdings zeigt sich auch: Die **deutsche Volkswirtschaft hat sich gegenüber der Finanzmarktkrise als bemerkenswert widerstandsfähig** erwiesen. Sie verzeichnet ordentliche Wachstumsraten, die Zahl der Arbeitslosen tendiert

gegen 3 Millionen und der staatliche Gesamthaushalt ist ausgeglichen. Dies verdanken wir den Menschen und Unternehmen, die in den vergangenen Jahren mit ihrem Einsatz die Wirtschaft gestärkt haben. Aber auch die Politik hat mit ihrem Kurs „Sanieren – Investieren – Reformieren“ hierzu einen beachtlichen Beitrag geleistet.

Dennoch: Die aktuelle Finanzmarktkrise hat ihren Ursprung in einer leichtfertigen Kreditvergabe und unzureichenden Aufsicht in den USA genommen. Daher haben die USA zunächst einmal ihre Probleme selbst zu lösen. Dennoch hat die Finanzmarktkrise auch in Deutschland Schwachstellen offengelegt, auf die die Marktteilnehmer und die Politik besonnen, aber bestimmt reagieren müssen. Dazu ist eine sorgfältige Problem-

analyse erforderlich. Bereits auf G 8-Ebene und im Europäischen Rat hat daher Bundeskanzlerin Merkel wichtige Anstöße für unabdingbare Reformen im Finanzmarkt, wie eine erhöhte Transparenz und verbesserte Liquiditätsanforderungen gegeben. Insbesondere gilt es, die Transparenz zu erhöhen und die aufgedeckten Schwächen des internationalen Finanzsystems durch nationale und internationale Maßnahmen zu beseitigen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die von der Bundesregierung auf internationaler Ebene bereits erzielten Absprachen und fordert sie auf, auf ein einheitliches und abgestimmtes Vorgehen hinzuwirken.



Ihr und Euer

Fördermittel für Zwickauer Kornhaus

In seiner Sitzung am vergangenen Mittwoch hat der **Haushaltsausschuss die Freigabe von 250.000 Euro zur Sanierung des Kornhauses** in Zwickau bewilligt. Die Mittel kommen aus einem neuen Denkmalschutz-Sonderprogramm des Bundes. Insgesamt stehen Fördermittel in einer Höhe von 40 Millionen Euro zur Verfügung. Die Erhaltung der vielfältigen Kulturlandschaften in Deutschland ist eine Aufgabe von

gesamtstaatlicher Bedeutung. Aus diesem Grund hatte die Bundesregierung 2007 das neue Denkmalschutz-Programm aufgelegt.

Die erste Tranche der Fördermittel wird nun freigegeben. Neben dem Kornhaus kommen in Zwickau weitere Fördermittel der **Katharinenkirche (37.000 €)** und dem **Turm der Lukaskirche (45.000 €)** zugute. Im Landkreis Zwickau werden

die **Renovierung des Blauen Salons im Wildenfeller Schloss (65.000 €)** und die **Restaurierung eines Wandbildes in der Stadtkirche von Meerane (36.000 €)** unterstützt.

Die fünf Renovierungsmaßnahmen haben ein Gesamtvolumen von rund 870.000 Euro, von denen der Bund mit rund 435.000 Euro einen Anteil von 50 Prozent finanziert.

In dieser Ausgabe:	
Michael Luther: Haushalt muss ab 2011 schuldenfrei sein!	2
Die Lage in Afghanistan	2
Die Woche im Bundestag	3
Interview mit Steffen Flath: "Für die meisten war es eine tägliche Grenzwanderung"	4
Herausforderungen und Chancen für den neuen Landkreis	5
Infos aus dem Zwickauer Stadtrat	6
Termine & Impressum	7

Der Bundestag hat in der vergangenen Woche die Beratungen zum Bundeshaushalt 2009 durchgeführt.

In erster Lesung berieten die Abgeordneten an vier Tagen über Ausgaben von 288,4 Millionen Euro. Die Neuverschuldung sinkt im Vergleich zum laufenden Jahr um 1,4 Milliarden Euro auf 10,5 Milliarden Euro. Ab 2011 soll der Bundeshaushalt ohne neue Schulden auskommen. An die-

sem Ziel hält die CDU/CSU Bundestagsfraktion fest. Im **Grundgesetz soll eine Bestimmung aufgenommen werden, die neue Schulden des Bundes zukünftig verbietet.** Im Interesse nachfolgender Generationen müsse ein ausgeglichener Haushalt, der also ohne neue Schulden auskomme, der Regelfall sein.

Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sei der Konsolidierungskurs der

großen Koalition in den vergangenen Jahren richtig und notwendig gewesen. Nur so sei die Politik in der Lage, zu gestalten und zu handeln. Wir haben konsolidiert, um zu investieren und um zu reformieren. Zu Beginn der Legislaturperiode stand die Koalition vor einem strukturellen Defizit von 55 Milliarden Euro bei 190 Milliarden Euro Steuereinnahmen. **Das Defizit konnte auf 15 Milliarden Euro reduziert werden, die Steuereinnahmen stiegen auf 248 Milliarden Euro.**

Wer eine schnellere Absenkung der Neuverschuldung fordert, muss auch sagen, welche politischen Maßnahmen nicht durchgeführt werden sollten. Ein ausgeglichener Haushalt eröffne neue **Gestaltungsspielräume, gerade für künftige Generationen.**

Nur wenn wir heute keine Schulden machen, haben wir in der Zukunft überhaupt Spielraum, Entscheidungen zu treffen. Am Kurs der Konsolidierung müsse festgehalten werden.

Lage in Afghanistan

In den letzten Wochen ist deutlich geworden, dass die Sicherheitslage in Afghanistan angespannt ist. Die Bundeswehr war mehrfach Ziel von Anschlägen. Dabei hatten wir den Tod eines unserer Soldaten zu beklagen. Zwei weitere Soldaten wurden schwer verletzt. Warum ist die Bundeswehr überhaupt in Afghanistan? Bis zu ihrem Sturz 2001 hatten die Taliban in Afghanistan einen fundamentalistischen Gottesstaat errichtet. Die Bevölkerung wurde schikaniert, Frauen mussten sich komplett verschleiern und durften ohne die Begleitung eines männlichen Verwandten nicht allein auf die Straße, Mädchen durften nicht zur Schule gehen, weltliche Musik war verboten. Die Terrorgruppe al-Qaida um Osama Bin Laden hatte Afghanistan als Basis für ihren Heiligen Krieg auserkoren. Ziel des sog. Dschihad war und ist die weltweite Vernichtung aller Ungläubigen, d.h. aller Menschen, die nicht dem Islam angehören. Durch den Einsatz der internationalen Staatengemeinschaft wurde das Taliban-Regime in Afghanistan beendet. Unser Ziel ist es nun, Afghanistan weiter zu unterstützen, um ein funktionstüchtiger Staat zu

werden, der selbst für seine Sicherheit sorgen kann. Dafür braucht es eine starke Zentralregierung, eine effiziente Verwaltung, demokratische Strukturen und einen energischen Kampf gegen Korruption. Umfragen zeigen, dass weit über 80 Prozent der Bevölkerung dieses Ziel unterstützen. Wenn der Bundeswehr-Einsatz jetzt beendet würde, würde das Land erneut dem Fundamentalismus anheim fallen. Eine erneute Herrschaft des Terrorismus würde für Tausende Afghanen den sicheren Tod bedeuten und es würde eine riesige Welle von Hunderttausenden von Flüchtlingen nach Europa, aber auch nach Deutschland kommen. Dies ist genauso wenig in unserem Interesse wie ein von Terroristen gelenktes Afghanistan, zumal diese in der Vergangenheit mehrfach versucht haben, in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen. Wie aktuell die Gefahr des islamistischen Terrorismus auch für uns in Deutschland ist, zeigt eine aktuelle Fahndung der Sicherheitsbehörden. Den westlichen Geheimdiensten liegen Hinweise vor, nach denen der 20 Jahre alte Saarländer Eric Breininger (!) aus Pakistan nach Europa, möglicherweise auch

schon nach Deutschland, zurückgekehrt sei und sich um die Beschaffung von Sprengstoff bemühe. Der Mann gilt als extrem gefährlich. Er ist am Hindu-kusch in einem Terrorcamp ausgebildet worden und hat in mehreren Propagandavideos im Internet angekündigt, als Selbstmordattentäter sterben zu wollen. In einem Filmclip vom Mai 2008 sagte er laut ZDF: "Gelobt sei Allah, der mir diesen Weg zum Dschihad geöffnet hat. Mit dem Leben in Deutschland hab ich schon längst abgeschlossen. Mein Leben wird hier im Dschihad sein. Inshallah wird Allah mich als Märtyrer zu sich nehmen." Wenn die Islamisten in Afghanistan wieder an die Macht kämen, würde ein ganzer Staat so denken würde wie dieser radikale Konvertit. Dann gerieten wir auch in Deutschland in eine sehr reale Gefahr. Die freie Welt würde das Angriffsziel von Terroristen werden. Um das zu verhindern, ist die Bundeswehr in Afghanistan. Unsere Soldaten befinden sich dort in einem sehr gefährlichen Einsatz und riskieren Leib und Leben, um noch weitaus größere Gefahren für uns alle abzuwehren und um den unschuldigen Menschen in Afghanistan zu helfen. Die

Anschläge auf die Bundeswehr zeigen, welche gefährliche Aufgabe unsere Soldaten übernehmen, damit wir in Sicherheit leben können. Uns war immer klar: Auslandseinsätze und die Bekämpfung des Terrorismus sind mit außergewöhnlichen Gefahren verbunden. Aber die Einsätze bleiben wichtig und nötig für unsere nationale Sicherheit. Die Bundesregierung hat in der vergangenen Woche ein aktualisiertes Afghanistankonzept beschlossen. Darin wird deutlich: Wir wollen Kurs halten, um Afghanistan in einem schwierigen regionalen Umfeld zu stabilisieren und weiter aufzubauen. Um erfolgreich zu sein, müssen wir aber auch unsere Anstrengungen erhöhen, um der afghanischen Bevölkerung zu helfen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern und den staatlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau abzusichern. Deshalb begrüßen wir den Vorschlag der Bundesregierung, die Mandatsobergrenze um 1.000 Mann auf 4.500 zu erhöhen und die Mittel für den zivilen Wiederaufbau um 30 Millionen Euro aufzustocken. Das Konzept ist eine gute Grundlage für die im Oktober anstehenden Diskussionen zu den Mandatsverlängerungen.

Die Bundesregierung informierte in dieser Woche mit dem **Nationalen Reformprogramm Deutschland (NRP) 2008 bis 2010**, Umsetzungs- und Fortschrittsbericht 2008 über ihren Beitrag zum zweiten Zyklus der erneuerten Lissabon-Strategie. Neben der Darstellung der politischen Reformprioritäten für mehr Wachstum und Beschäftigung berichtet sie über Vorhaben, die seit Verabschiedung des Umsetzungs- und Fortschrittsberichts 2007 auf den Weg gebracht und durch den Gesetzgeber umgesetzt wurden bzw. mit deren Umsetzung in Kürze zu rechnen ist.

Die Bundesregierung stellte uns in dieser Woche den **Bundesbericht zur Förderung des Wissenschaftlichen Nachwuchses** vor, der auf Ergebnissen einer vom Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg erarbeiteten

Studie beruht. Er soll die nationale Bildungsberichterstattung ergänzen und Teil eines Berichtssystems zur Lage und zur Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland werden.

Der Tourismus gilt heute als einer der bedeutsamsten globalen Wachstumsmotoren. Auch in Deutschland ist der Tourismus eine Wachstumsbranche: 2006 verzeichnete Deutschland knapp 352 Millionen Übernachtungen aus dem In- und Ausland. Im Jahre 2007 konnte diese Zahl auf 360 Millionen gesteigert werden. Mit dem **Tourismuspolitischen Bericht** gab uns die Bundesregierung in dieser Woche einen Überblick über die Situation und die Herausforderungen des Tourismus in der 16. Legislaturperiode. Besondere Herausforderungen ergeben sich etwa durch den demographischen Wandel, die Klimaveränderung sowie die Bedrohung

durch den internationalen Terrorismus, Naturkatastrophen und weltweite Infektionskrankheiten. Unter dem Eindruck dieser Ereignisse hat das Thema Sicherheit auch im Tourismus einen neuen Stellenwert erlangt.

In zweiter und dritter Lesung wurde **Kinderförderungsgesetz (KiföG)** verabschiedet, das den Ausbau eines qualitativ hochwertigen Betreuungsangebots für Kinder unter drei Jahren regelt. Ab dem 1. August 2013 besteht ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr. Während der Aufbauphase bis zum 31. Juli 2013 werden die objektiv rechtlichen Kriterien für die Inanspruchnahme von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren erweitert. 30 Prozent der neuen Plätze sollen in der Kindertagespflege geschaffen werden. Der Bund beteiligt sich mit 4 Mrd. Euro zu

einem Drittel an den Ausbaukosten. Bereits Ende 2007 wurde mit der Errichtung des Sondervermögens in Höhe von 2,15 Milliarden Euro für Investitionen in Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren ein erster Schritt getan. Das Kinderförderungsgesetz regelt nun den zweiten Schritt. Über die Änderung im Finanzausgleichsgesetz erhalten die Länder vom Bund im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung für die Jahre 2009 bis 2013 insgesamt 1,85 Milliarden Euro und anschließend jährlich 770 Millionen Euro als Entlastung für die Finanzierung der Betriebskosten. Zudem sieht das Kinderförderungsgesetz vor, dass ab 2013 für diejenigen Eltern, die ihre Kinder von ein bis drei Jahren nicht in Tageseinrichtungen betreuen lassen wollen oder können, eine monatliche Zahlung (zum Beispiel Betreuungsgeld) eingeführt wird.

Zahlen, Fakten, Wissenswertes

Anhebung der ALG II-Sätze teuer und kontraproduktiv:

Die von Grünen, Linkspartei, Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften geforderte Anhebung des ALG II-Regelsatzes auf 420 Euro monatlich würde Mehrkosten in Höhe von 10 Milliarden Euro pro Jahr verursachen. Gleichzeitig stiege die Zahl der „Hartz-IV-Empfänger“ um bis zu 2 Millionen. Wegen des verminderten Anreizes zur Aufnahme einer eigenen Beschäftigung entstünden überdies voraussichtlich weitere Kosten infolge von Steuerausfällen. Der schon heute kaum mehr vorhandene Abstand zu den niedrigsten Löhnen würde weiter schrumpfen.

Auch die ebenfalls geforderte Einführung einer bedingungslosen Kinder-

grundsicherung in Höhe von 300 Euro pro Monat würde immense Mehrkosten in Höhe von voraussichtlich 18 Milliarden Euro verursachen, ohne die allgemeine Armutsrisikoquote zu senken. Für wesentlich zielführender und kosteneffizienter halten Forscher gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut, wie beispielsweise die unlängst verabschiedete Erhöhung des Wohngelds und die Ausweitung des Kinderzuschlags. (Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Positiver Trend bei der Entwicklung der kommunalen Finanzen hält an:

Im ersten Halbjahr 2008 haben Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne Stadtstaaten) 79,9 Milliarden Euro und damit 5,4 Prozent mehr

Einnahmen erzielt als im ersten Halbjahr des Vorjahres. Dagegen sind die Ausgaben nur um 2,9 Prozent gestiegen.

Grund für die positive Entwicklung ist in erster Linie der kräftige Zuwachs bei den im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs

von den Ländern empfangene Schlüsselzuweisungen. Sie erhöhten sich um 14,8 Prozent auf 14,4 Milliarden Euro. Darüberhinaus sind auch die kommunalen Steuereinnahmen um 6,4 Prozent auf 30,2 Milliarden Euro gestiegen. (Quelle: Statistisches Bundesamt)



„SEHEN SIE SELBST, VOLLKOMMEN TROCKEN!“

Zeichnung: Tomicek



Steffen Flath Mdl

CDU-
Fraktionsvorsitzender
im Sächsischen Landtag

Der stellvertretende Landesvorsitzende der Sächsischen Union und CDU-Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag Steffen Flath hat sich in einem Interview mit der Freien Presse (18.09.2008) über seine politische Vergangenheit geäußert. Anlass ist die Diskussion über die sogenannte "Blockflöten" in der DDR. "Ein Großteil der Mitglieder hat die CDU als Zufluchtsort genutzt, um Ruhe vor der SED zu haben. Natürlich gab es auch Mitglieder in den Blockparteien, die bessere SED-Leute waren. Für die meisten war es aber eine tägliche Grenzwanderung, die auch geprägt war von der Verantwortung gegenüber der Familie", so Steffen Flath.

Lesen Sie hier das Interview mit Steffen Flath

Freie Presse: Mit Innenminister Buttolo, Sozialministerin Claus und Umweltminister Kupfer sind drei so genannte Blockflöten Minister des Regierungschefs und früheren Ost-CDU-Mitglieds Tillich. Macht das Ihre Partei nicht angreifbar?

Steffen Flath: Ich denke,

auch dieses Thema zählt zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Deswegen sollten wir uns ihm stellen und zwar unverkrampft und offen. Die DDR hat nicht nur Helden und Widerstandskämpfer, sondern vor allem normale Menschen hervorgebracht, die in ihrer kleinen oder großen Nische im christlichen Sinne politisch gewirkt haben. Wer die Diktatur uneingeschränkt unterstützen wollte, ging in die SED. Das waren reichlich zwei von 17 Millionen Bürgern. Das war eine deutliche Minderheit. Deshalb scheute die DDR-Obrigkeit freie und demokratische Wahlen wie der Teufel das Weihwasser.

Freie Presse: Beim Thema DDR reagieren Sie so scharf und ablehnend wie kein Zweiter in Ihrer Partei. Warum?

Steffen Flath: Weil ich damit auch allen Tendenzen, dieses Unrechtssystem zum Kuschelstaat schönzuerinnern, entgegen treten möchte. Die DDR hat uns unserer Freiheit beraubt, sie hat die Umwelt und die Wirtschaft ruiniert. Das wird nach knapp 20 Jahren Wiedervereinigung leider von linken Ideologen geleugnet und von vielen Menschen verdrängt.

Freie Presse: Die Union solle sich nicht zu weit aus dem Fenster legen, warnt Linksparteichef Oskar Lafontaine und verweist auf die Vergangenheit der Ministerpräsidenten Althaus, Böhmer und Tillich in der Ost-CDU.

Steffen Flath: Es ist doch logisch, dass ein Demagoge wie Lafontaine Ablenkungsmanöver startet, wenn er sich angesichts seiner Verharmlosung des

SED-Staates in die Enge gedrängt fühlt. Die damaligen Machthaber der DDR mit Mitläufern der Ost-CDU zu vergleichen, ist doch makaber.

Freie Presse: Waren Sie auch ein Mitläufer?

Steffen Flath: Mein Beweggrund, 1983 in die CDU einzutreten, war schlicht pragmatischer Natur: Ich wollte den penetranten Anwerbungsversuchen der SED entgehen. Ich erfuhr nämlich, erst nachdem ich ein Jahr zuvor eine Abteilungsleiterstelle in einem landwirtschaftlichen Betrieb eingenommen hatte, dass ich auf einer SED-Stelle platziert war. Um endlich Ruhe zu haben, bin ich in die CDU eingetreten.

Freie Presse: ... obwohl Sie wussten, dass die CDU als Blockpartei nur als demokratisches Feigenblatt der DDR diente?

Steffen Flath: Natürlich wusste ich, dass es in der DDR keine Opposition gab und die CDU keine Oppositionspartei war. Ich bin damals in den Ortsverband Buchholz eingetreten und wurde schnell Ortsvorsitzender. Der Verband setzte sich aus Kirchenvorstandsmitgliedern, aus Handwerkern und Händlern zusammen. Man war froh, dass ein Jüngerer kam, der half, sich vieler Bürgeranliegen anzunehmen.

Freie Presse: Aber Widerstand gegen die SED hat die CDU nicht geleistet?

Steffen Flath: Ein Großteil der Mitglieder hat die CDU als Zufluchtsort genutzt, um Ruhe vor der SED zu haben. Natürlich gab es auch Mitglieder in den Blockparteien, die bessere

SED-Leute waren. Für die meisten war es aber eine tägliche Grenzwanderung, die auch geprägt war von der Verantwortung gegenüber der Familie.

Freie Presse: Ist Ihr Widerstand gegen das DDR-System erst nach der Wende gewachsen?

Steffen Flath: Nein. Die innere Ablehnung war stets vorhanden, auch geprägt durch familiäre Erfahrungen aus dem Umgang mit aktiven Christen. Aber erst nach der Wende, zunächst im Neuen Forum, dann bei der CDU, habe ich Mandate übernommen und damit eine politische Wirksamkeit erreicht.

Freie Presse: Mit der Behauptung, der Arbeiter- und Bauern-Staat habe nur einer Elite eine bessere Bildung ermöglicht, haben Sie im Vorjahr viel Aufregung ausgelöst. Sie selbst sind aber nicht am Studium gehindert worden.

Steffen Flath: Meine Zahlen haben zwar provoziert, aber sie stimmen: Arbeiter- und Bauernkinder waren beim Studium unterprivilegiert, die DDR hat weitgehend ihre Partei-Elite gefördert. Die DDR hatte 10 Prozent Abiturienten, heute sind es 40 Prozent. Und die Zahl der Studenten lag weit unter den Zahlen der kapitalistischen Bundesrepublik. Was mich betrifft: Ich durfte in der Tat Landwirtschaft studieren, habe aber erfolgreich die Laufbahn eines Reserveoffiziers abgelehnt. Meiner Forderung, zuvor müsse sich die NVA ihres nationalsozialistischen Erbes entledigen, konnte die Obrigkeit nicht entsprechen.

Herausforderungen und Chancen für den neuen Landkreis

Am 1. August 2008 ist die im Januar dieses Jahres vom Sächsischen Landtag verabschiedete Funktional- und Kreisreform in Kraft getreten. Das ist die größte Veränderung in der Sächsischen Verwaltungsgeschichte seit 1990.

Die Anzahl der Landkreise hat sich von 22 auf 10, die der kreisfreien Städte von 7 auf 3 reduziert.

Auch für die Menschen in der bisherigen kreisfreien Stadt Zwickau und den Landkreisen Chemnitzer Land sowie dem Zwickauer Land bringt die Kreisgebietsreform Veränderungen mit sich.

Die Wichtigste ist: Alle sind seit dem 1. August Bürgerinnen und Bürger des neu geschaffenen Landkreises Zwickau.

Doch mit einer Zusammenlegung von bisher drei eigenständigen Verwaltungen ändern sich natürlich auch zahlreiche Kompetenzen und Zuständigkeiten. Von Anfang an war es Ziel der Reform, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren und Kosten einzusparen. Aufgaben des Staates werden auf die Landkreise und kreisfreien Städte sowie auf den kommunalen Sozialverband übertragen. Verbleibende staatliche Aufgaben werden in deutlich weniger Behörden gebündelt.

Bei einer Zentralisierung von Verwaltungsstrukturen sind längere Wege nicht auszuschließen.

Aus diesem Grunde setze ich auf den Ausbau eines funktionierenden Bürgerservices ein.

Ziel der Umstrukturierungen muss jedoch sein, den Bürgerinnen und Bürgern dies kaum spüren zu lassen.

Mein Hauptziel ist es, den neuen Landkreis Zwickau zum wirtschaftlich stärksten im Freistaat Sachsen zu machen. Um meine Visionen zu realisieren, sehe ich die vorhandene industrielle Basis als eine gute Voraussetzung. Die Grundlage einer dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung sind gut qualifizierte Arbeitskräfte. Deshalb halte ich eine zielgerichtete Berufsorientierung und Ausbildung an unseren Berufsschulzentren, der Berufsakademie in Glauchau oder an der Westsächsischen Hochschule in Zwickau für einen wichtigen Schritt in Richtung Zukunft.

Die Stärkung dieser Bildungsstandorte ist für mich sehr wichtig. Deshalb werde ich mich auch weiterhin dafür einsetzen..

Natürlich muss jetzt wirtschaftlich zusammenwachsen was bisher noch nicht zusammen gehörte.

Die drei Gebietskörperschaften, die nun den neuen Landkreis bilden, haben ähnliche historische Wurzeln. Bereits am Anfang der 90er Jahre wurde im Zuge der Ansiedlung von VW am Standort Dennheritz, Mosel, Schlunzig und bei der Schaffung der notwendigen Infrastruktur eng zusammengearbeitet. Jetzt gilt es die positiven Ansätze dieser Jahre wieder aufleben zu lassen, weiterzuentwickeln und auf alle Aufgabenbereiche zu übertragen.

Der 1. August 2008 soll der



Am 27. August 2008, auf der konstituierenden Sitzung des Kreistages des Landkreises Zwickau, nahm Georg Hamburger, Fraktionsvorsitzender der CDU Landrat Dr. Christoph Scheurer den Amtseid ab.

Neben Blumen erhielt er auch eine Fan-Mütze des ETC Crimmitschau in den Farben Schwarz-Rot-Gold. Holm Günther, FDP-Kreisrat und Oberbürgermeister der Stadt Crimmitschau meinte: „Weil er jetzt den Hut auf hat für den neuen Landkreis“.

Beginn einer erfolgreichen Entwicklung sein, an dessen Ziel eine starke, leistungsfähige Gebietskörperschaft mit wirtschaftlichen, sportlichen und kulturellen Werten steht, die ihren Bürgerinnen und Bürgern eine lebens- und liebenswerte Heimat ist.

Meine größte Herausforderung ist, Menschen mit unterschiedlichen Lebenslagen, persönlichen Biografien und Zielen zu motivieren, zum Wohle des neuen Landkreises mit all seinen Bürgern beizutragen.

Ich freue mich, die Geschichte des Landkreises Zwickau mitgestalten zu können.

Ihr Landrat
Dr. Christoph Scheurer



Gerald Otto

Stadtratsfraktionsgeschäftsführer

In diesem Jahr gab es in der Arbeit des Zwickauer Stadtrates die sonst übliche Sommerpause aufgrund der OB-Wahl und des durchgeführten Bürgerentscheides zur Anzahl der Bürgermeister nicht. Nachdem dieser Bürgerentscheid nicht das erforderliche Abstimmungsquorum erreicht hat, hatte der Stadtrat über die zur Abstimmung gebrachte Fragestellung des Bürgerentscheides zu entscheiden. Dazu wurde eine Stadtratsitzung am 17.07.08 durchgeführt. Der Stadtrat hat in dieser Sitzung die Reduzierung auf nur einen Beigeordneten abgelehnt und sich auf eine Verwaltungsstruktur mit zwei Beigeordneten verständigt. Damit wurde im Grunde dem Ansinnen des Bürgerbegehrens entsprochen und zugleich eine Geschäftskreisstruktur mit einer gleichmäßigen Aufgabenverteilung beschlossen. Neben der Oberbürgermeisterin mit eigenem Geschäftskreis gibt weiterhin den Geschäftskreis

„Finanzen und Ordnung“ und den Geschäftskreis „Wirtschaft und Bauen“. Die beiden zu besetzenden Beigeordnetenstellen wurden bundesweit ausgeschrieben. Die Wahl der beiden Beigeordneten findet in der Stadtratssitzung am 25.09.08 statt. Der CDU-Stadtvorstand und die Stadtratsfraktion haben für die Stelle des Beigeordneten für „Wirtschaft und Bauen“ den Stadtverbands- und Fraktionsvorsitzenden Rainer Dietrich vorgeschlagen, der auch von anderen Stadtratsfraktionen unterstützt wird.

Rainer Dietrich verfügt als erfolgreicher Unternehmer und langjähriger Kommunalpolitiker über die besten Voraussetzungen für diese wichtige Führungsposition und dürfte demzufolge eine breite Unterstützung im Stadtrat erhalten. Wer sich im Geschäftskreis „Finanzen und Ordnung“ durchsetzt ist derzeit noch offen. Beworben haben sich mehrere in der Kommunalpolitik gestandene Kandidaten. Wer sich jedoch in geheimer Wahl durch den Stadtrat durchsetzt bleibt abzuwarten.

Weiterhin wird es im Stadtrat mehrere Wahlen in verschiedene Gremien und weitere Sachentscheidungen geben. Eine davon ist die Gewährung eines investiven Zuschusses für die Neue Welt, um eine Parketterneuerung in Höhe von 160.000 € durchführen zu können. Auch die Senioren- und Seniorenpflegeheim gGmbH (SSH)

soll einen Zuschuss in Höhe von 499.000 € erhalten, um den Anlaufbetrieb der Seniorenresidenz im Schloss Osterstein abzusichern. Da erst nach ca. einem halben Jahr mit der vollen Kapazitätsauslastung zu rechnen ist und die bis dahin anfallenden Fix- und Betriebskosten noch nicht über die Pflegesätze refinanziert werden, macht sich dieser Zuschuss erforderlich.

Bereits im April diesen Jahres hat die CDU-Fraktion gemeinsam mit der SPD-Fraktion einen Antrag zur Beseitigung von Ruinen in Planitz eingebracht. Aufgrund des OB-Wahlkampfes wurde jedoch die Zustimmung für diese Initiative verwehrt und das Thema auf die lange Bank geschoben. Inhaltlich geht es dabei um die Beseitigung der langjährigen Schandflecken „Kulturhaus Planitz“ und „Capitol“. In unserem Antrag regen wir an, mit den Eigentümern der Flurstücke zu verhandeln, um diese an die Stadt zu verkaufen, damit die Stadt selbst den Abriss durchführen und die Schandflecke beseitigen kann. Dieser Antrag steht in der Stadtratssitzung am 26.09.08 erneut zur Abstimmung und wir hoffen nun auf eine breite Zustimmung, zumal vermehrt Forderungen hierzu aus der Bevölkerung laut werden. Funktioniert dieses Modell, dann könnte das der Auftakt für weitere stadtbildverschönernde Maßnahmen sein.

Über eine wichtige Ände-

rung möchte ich Sie noch informieren: Die Geschäftsstelle der CDU-Stadtratsfraktion Zwickau musste wegen der anstehenden Sanierung des Zwickauer Rathauses umziehen. Unsere Diensträume befinden sich nunmehr im Rathaus in Crossen, Rathausstr.9 in 08058 Zwickau.

Leider konnte unser bisheriger Telefonanbieter unseren Telefonanschluss nebst Nummer nicht im Ortsnetz Crossen zur Verfügung stellen. Wir sind nun telefonisch unter der 0375-4402844 und per Fax unter der 0375-4402846 zu erreichen.

Gerald Otto

Fraktionsgeschäftsführer

CDU KV Zwickau

Kreisgeschäftsstelle
Hauptstraße 28
08056 Zwickau

Telefon: 0375-282710

Fax: 0375-294567

E-Mail: CDU-Zwickau@arcor.de

Zwickau auf die Wetterkarte!

Wie die Freie Presse berichtete, wird Zwickau nicht auf der Wetterkarte des MDR-Regionalmagazins „Sachsenspiegel“ abgebildet. Die Beschwerde eines Zwickauer Zuschauers wurde der Zeitung zufolge bereits abgewiesen. Von Seiten des MDR heißt es hierzu, aus optischen und inhaltlichen Faktoren kann keine weitere Stadt abgebildet werden. Bisher zu sehen sind Leipzig, Dresden, Chemnitz, Görlitz und Plauen.

Michael Luther sieht sich als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter der Region in der Verantwortung, in dieser Angelegenheit persönlich an den MDR heranzutreten. „Es geht hier nicht darum, dass unsere Bürgerinnen und Bürger nicht in der Lage wären, das Wetter ihrer Stadt aus der jetzigen Karte abzulesen. Vielmehr wissen wir aber, dass Zwickau hinter Leipzig, Dresden und Chemnitz die viertgrößte Stadt des Freistaats ist. Daher sollte Zwickau nicht zugunsten einer „virtuellen Wolke“ vernachlässigt werden“, so Michael Luther.

„Plauen ja, Zwickau nein, das lassen wir Zwickauer uns nicht gefallen! Das ist in etwa so, als würde man auf einer gesamtdeutschen Wetterkarte Potsdam abbilden und Berlin nicht!“, sagte Luther weiter. Auf eine Antwort des MDR-Intendanten darf man gespannt sein. Bis dahin kämpfen die Bewohner der Schumann-Stadt weiter um ihren Platz auf der Wetterkarte.

Termine September—Oktober 2008

01.10.08	Zweite Sitzung des Kreistages des Zwickauer Landes	10.10.08	Bekanntgabe des Friedensnobelpreisträgers 2008 in Stockholm
03.10.08	Tag der Deutschen Einheit und Tag der offenen Tür im Sächsischen Landtag	11.10.08	Klausurtagung des CDU-Kreisvorstandes mit den Ortsvorsitzenden
09.10.08	nächste Bürgersprechstunde von Dr. Michael Luther im Wahlkreisbüro, Hauptstr. 28 in Zwickau; Zeit: 15.00 bis 17.00 Uhr	22.10.08	Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten in Dresden
10.10.08	Perspektivkongress „Neue Bundesländer“ der CDU in Dresden	07.11.08	Deutschlandtag, der JU in Rust/BaWü

Impressum

POLITIK AKTUELL ist ein Informationsbrief von Dr. Michael Luther (V.i.S.d.P.).

Er ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Zwickau.

Haben Sie Fragen und Anregungen? Zögern Sie nicht, mit Dr. Luther in Kontakt zu treten! Er freut sich auf Ihre E-Mail unter michael.luther@bundestag.de.

Dr. Michael Luther erreichen Sie...

... im Wahlkreis: Hauptstraße 28

08056 Zwickau

Tel.: (0375) 29 17 79

Fax: (0375) 29 45 67

E-Mail: michael.luther@wk.bundestag.de

... in Berlin: Paul-Löbe-Haus, Raum 6.345

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 7 70 92

Fax: (030) 227 – 7 61 16

E-Mail: michael.luther@bundestag.de

CDU im Netz

www.michael-luther.de

www.cdu-zwickau-werdau.de